

Vereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen-rosa liste

02.05.08

Inhalt

I	Präambel	1
II	Nachhaltige Finanzen auch in Zukunft	3
III	Beschäftigung und Arbeitsmarkt gestalten, Wirtschaftsstandort nachhaltig stärken, Europa in München stärker verankern	4
IV	Klimaschutz, Energie, Natur und Verbraucherschutz	6
V	In die Zukunft der Stadt investieren – mehr Bildungsgerechtigkeit durchsetzen	8
VI	Sicherung der sozialen Grundversorgung - Sicherung des sozialen Netzes	10
VII	München – weltoffen und vielfältig für Chancengleichheit und gegen Diskriminierung	14
VIII	Nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung Wohnungsbau vorantreiben, Mieter schützen	15
IX	Mobilität und öffentlicher Raum	18
X	Gesundheit: Prävention, Beratung, Patientenorientierung, Gleichberechtigung	21
XI	Sportstadt München	22
XII	Kunst und Kultur – Kulturelle Vielfalt erhalten und ausbauen	23
XIII	Sicherheit und Bürgerrechte – München bleibt eine sichere Stadt	25
XIV	Eine-Welt-Arbeit ausbauen	26
XV	Personelles – Organisationsfragen	26

Bündnis für München
Vereinbarung für die Amtszeit 2008 bis 2014
zwischen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Rosa Liste

I. Präambel

München nimmt heute eine bundes- und europaweite Spitzenstellung ein. Die erfolgreiche Arbeit sozialdemokratischer Oberbürgermeister und des seit 18 Jahren währenden Rathaus-Bündnisses von SPD und Bündnis 90/Die Grünen – seit 1996 unter Einbeziehung der Rosa Liste – brachte München an die Spitze nahezu aller Städtevergleiche: Bei Arbeitsplätzen und Zukunftschancen, bei Wirtschafts- und Kaufkraft, bei Sicherheit, Lebensqualität und Ökologie, bei Kultur und Sport schneidet unsere Stadt am besten ab. Das Rathaus-Bündnis wurde von den Wählerinnen und Wählern am 2. März 2008 mit deutlicher Mehrheit bestätigt. Dieser Vertrauensbeweis ist für uns Auftrag und Verpflichtung, in der bewährten Arbeit fortzufahren. München muss wirtschaftlich erfolgreich, sozial ausgewogen, kulturell vielfältig und ökologisch zukunftsfähig bleiben. Trotz notwendiger Konsolidierung des Stadthaushalts muss das solidarische und tolerante Klima unserer Stadt erhalten werden. Wohnungsbau, Ausbau von Kinderbetreuung und Ganztagschule sind weiterhin vordringliche Aufgaben. Der Klimaschutz bekommt durch den bedrohlichen Klimawandel zusätzliches Gewicht.

Münchens Spitzenstellung ausbauen

Mit den höchsten kommunalen Investitionsvolumen in der Bundesrepublik betreibt das Rathausbündnis eine erfolgreiche Standortpolitik, die Unternehmen und ArbeitnehmerInnen, Familien, Kindern und SeniorInnen sowie den Gästen unserer Stadt zugute kommt. Den Erfolg verdeutlichen die Ansiedlung eines achten DAX-Unternehmens, die niedrige Arbeitslosigkeit unter fünf Prozent - sowie die Rekordzahl von 9,5 Millionen Gäste-Übernachtungen im Jahr 2007. Das Bündnis wird auch in Zukunft alle Vorkehrungen treffen, damit München sich im internationalen Wettbewerb der großen europäischen Kommunen erfolgreich behauptet. Wissenschaft und Forschung sind für die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend. München wird weiterhin Flächen für Neuansiedlungen oder Erweiterungen von öffentlichen wie privaten Forschungseinrichtungen ausweisen. Die bundesweit einmaligen Anstrengungen zum Wohnungsbau durch das Programm „Wohnen in München IV“ werden fortgesetzt.

Modernisierung und Ökologie eng verknüpfen

Wirtschaftliche Modernisierung und ökologische Ausrichtung sind keine Gegensätze: die Sicherung nachhaltiger Entwicklung ist Grundlage tatsächlicher Zukunftsfähigkeit. Die ökologischen Grundlagen unserer Stadt müssen erhalten und ausgebaut werden. Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die von allen Referaten der Stadtverwaltung engagiert umgesetzt werden muss. Das Bündnis wird seine Anstrengungen erhöhen, um bei der CO₂-Einsparung die gesetzlichen Vorgaben deutlich zu übertreffen, z. B. durch die verstärkte Nutzung Erneuerbarer Energien, durch geeignete Maßnahmen bei der Energieeinsparung, durch konsequente Fortsetzung einer ökologischen Abfallwirtschaft und durch eine effiziente Verkehrspolitik.

Sozialen Frieden sichern

München hat unter dem Rathausbündnis in den letzten 18 Jahren eine bundesweit einmalige soziale Landschaft erhalten und ausgebaut. München hat größte

Anstrengungen unternommen, um eine Spaltung der Stadtgesellschaft in Arm und Reich zu verhindern. Dies ist das Ergebnis einer eindeutigen Werte- und Grundsatzentscheidung, die auch weiterhin höchste Priorität haben soll. Trotz unabwendbarer Kürzungen in den letzten Jahren wurden dringend notwendige Ausweitungen und Ergänzungen im sozialen Netz vorgenommen – dies wird auch in Zukunft so bleiben. Ziel ist es auch weiterhin, Ausgrenzungen und Ghettobildungen zu verhindern. München bekennt sich zu einer differenzierten und innovativen kommunalen Arbeitsmarktförderung.

Bildung stärken

Bildung ist eines der Schlüsselthemen für die nächsten Jahre. Gute Bildung entscheidet über Erfolg oder Misserfolg in unserer Gesellschaft.

Ziel des Bündnisses ist es, allen Münchner Kindern und Jugendlichen die gleichen Chancen auf eine gute Bildung zu ermöglichen. München stellt sich auch weiterhin der Verantwortung als bedeutende Schulstadt. Das kommunale Schulwesen wird erhalten, denn es bietet die Chance, rasch und abgestimmt auf die Bedürfnisse aller Kinder und Jugendlichen, zu reagieren.

Zuwanderung und Integration gestalten

München ist seit vielen Jahrzehnten eine Zuwanderungsstadt. Um Zuwanderung und Integration zu gestalten, hat das Bündnis in den letzten 18 Jahren zahlreiche Angebote geschaffen und im letzten Jahr ein vorbildliches Integrationskonzept beschlossen. Ziel der Integrationspolitik ist es, eine gleichberechtigte, soziale, kulturelle, wirtschaftliche und politische Teilhabe aller MigrantInnen zu erreichen.

Nach der Realisierung des jüdischen Zentrums am Jakobsplatz, wird das Bündnis den Bau einer repräsentativen Moschee im Wohnquartier ermöglichen.

Stadtentwicklung und Region

Viele politische und gesellschaftliche Entwicklungen Münchens machen nicht an den Stadtgrenzen halt. Das anhaltende Bevölkerungswachstum in München und Umgebung stellt die gesamte Region vor große Herausforderungen. Durch abgestimmte regionale Entwicklungskonzepte zu Siedlung, Verkehr, Ver- und Entsorgung sowie Freiflächen kann die Attraktivität der einzelnen Kommunen gestärkt und die Effizienz der Maßnahmen verbessert werden. Das Bündnis setzt sich für einen Stadt-Umland-Verbund ein, der mit Vollzugskompetenzen für bestimmte regionale Konzepte ausgestattet ist.

Das Bündnis wird die Entwicklung der Europäischen Metropolregion München (EMM) unterstützen und sich dafür einsetzen, dass die Aktivitäten der EMM einer nachhaltigen Regionalentwicklung entsprechen.

München will nochmals Olympiastadt werden

Seit dem einstimmigen Beschluss des Deutschen Olympischen Sportbundes vom Dezember 2007 hat München gute und realistische Chancen den Zuschlag für die Olympischen Spiele im Jahr 2018 zu bekommen. München wäre die erste Stadt der Welt, die nach den Sommer- auch Winterspiele ausrichten darf. Olympische und Paralympische Spiele wären für München eine hervorragende Chance sich der Weltöffentlichkeit als lebenswerte, moderne und ökologische Metropole zu präsentieren. Kennzeichen der Münchner Bewerbung müssen daher ein reichhaltiges kulturelles Rahmenprogramm und die konsequente Orientierung an den Erfordernissen des Naturschutzes und der Nachhaltigkeit sein. Die olympischen Spiele 2018 in München, Garmisch-Partenkirchen und Berchtesgaden müssen als ökologische und nachhaltige Winterspiele geplant werden.

II. Nachhaltige Finanzen auch in Zukunft

Kommunale Selbstverwaltung durch solide Haushaltspolitik

Die Finanzen sind der Dreh- und Angelpunkt der kommunalen Selbstverwaltung. Deshalb muss alles dafür getan werden, die Handlungsfähigkeit der Stadt zu erhalten.

Die zu befürchtende Abschaffung der Gewerbesteuer als wichtigster kommunaler Einnahmequelle wurde zwar abgewendet, weiterhin muss aber mit großer Aufmerksamkeit beobachtet werden, ob Maßnahmen auf Bundes- oder Landesebene die Einnahmen der Stadt gefährden oder ihr zusätzliche Ausgaben aufbürden. Die Bündnispartner werden sich daher intensiv in die entsprechenden Diskussionen einbringen. Die Unternehmen sind durch die Unternehmenssteuerreform in Höhe eines dreistelligen Millionenbetrags entlastet worden, eine Gewerbesteuersenkung kommt deshalb nicht in Betracht.

Finanzielle Benachteiligung durch Bund und Land beenden

Ein Teil der städtischen Finanzprobleme rührt daher, dass die von Bund und vor allem vom Land auf die Kommunen übertragenen Aufgaben völlig unzureichend finanziert werden. Das Rathausbündnis hält an der Forderung nach vollem Kostenersatz vor allem im Schulbereich fest. Darüber hinaus wird der Freistaat aufgefordert, seine finanzielle Verantwortung bei der Kinderbetreuung (Kinderkrippen, Kindergärten, Horte) deutlich und nachhaltig auszubauen.

Auch bei der Finanzierung von konnexitätsrelevanten Investitionen erwarten wir eine vollständige Refinanzierung der Kosten vom Land und nicht wie bisher die Gewährung von Pauschalen.

Weiterhin antizyklische Finanzpolitik und Abbau der Verschuldung

Um auch langfristig finanziell handlungsfähig zu bleiben, darf mit den Konsolidierungsanstrengungen nicht nachgelassen werden. Der Kurs, den Haushalt zu konsolidieren, Ausgaben zu senken und wo möglich Einnahmen sozial verträglich zu verbessern, muss fortgesetzt werden. Die weiter notwendige Haushaltskonsolidierung erfolgt durch ein Konsolidierungskonzept, das die derzeit bestehenden Konzepte ersetzt. Die künftige Entwicklung des Stadthaushalts bleibt Unsicherheiten ausgesetzt, die kommunalen Leistungen stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Sollten sich die derzeit hohen Steuereinnahmen verstetigen, hat der Abbau der Schulden und der Ausgleich des strukturellen Defizits erste Priorität. Bei einer dramatischen Verschlechterung der Finanzlage sind zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen.

Für zusätzliche Leistungen ist grundsätzlich eine Gegenfinanzierung anzustreben.

Die Bündnispartner verpflichten sich zu strikter Haushaltsdisziplin. Sie fühlen sich dabei der antizyklischen Finanzpolitik verpflichtet.

Sämtliche finanzrelevanten Beschlüsse werden einvernehmlich gefasst.

Im Rahmen der städtischen Finanzstrategie wird der Anteil der Finanzanlagen, die nach ethischen, ökologischen und damit nachhaltigen Kriterien ausgewählt werden, sukzessive erhöht.

Soziale Staffelung bei geeigneten städtischen Gebühren

Nutzer städtischer Einrichtungen sollen einen angemessenen Finanzierungsbeitrag leisten. Die Gebühren sollen dabei in geeigneten Fällen sozial gestaffelt werden und Freibeiträge beinhalten.

III. Beschäftigung und Arbeitsmarkt gestalten, Wirtschaftsstandort nachhaltig stärken, Europa in München stärker verankern

Wirtschaftsstandort München sichern

Ziel bleibt, die wirtschaftliche Dynamik zu erhalten. Wichtig ist, dafür die „Münchner Mischung“ aus Branchenvielfalt, Dax-Unternehmen, Unternehmen jeder Größenordnung, Handwerk, Einzelhandel und Gastgewerbe, zu bewahren. Der Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen räumen wir eine hohe Priorität ein. Die bewährten Instrumente wie Standortberatung, städtisches Gewerbeflächenprogramm, Existenzgründungsberatung und –darlehen bleiben erhalten. Das Gewerbehofprogramm wird fortgesetzt. Innovative Projekte in der Umwelttechnik und die Kreativwirtschaft werden gefördert. Münchens Wirtschaft ist international ausgerichtet. Messe und Kongresswesen, Hotellerie und das Patentwesen stützen diese internationale Ausrichtung.

Ökologisches Wirtschaften fördern

Die Bündnispartner setzen bei der Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung auf ein hohes ökologisches Niveau. In ihren eigenen Unternehmen soll die Stadt eine vorbildliche Rolle beim nachhaltigen Wirtschaften einnehmen und diese auch in den externen Unternehmen fördern. Das Projekt *Ökoprofit* wird weiter gefördert. Der Ausbau von technischen und organisatorischen Maßnahmen, um Wasser und Energie einzusparen, Abfall zu vermeiden sowie Emissionen zu verringern, ist gezielt zu fördern. Ökologische Auflagen sind darauf ausgerichtet, die Umweltbedingungen im Münchner Raum über die Mindestanforderungen hinaus zu verbessern. Durch eine erkennbare Stärkung des Umweltbereichs eröffnet sich überdies die Chance, vermehrt Arbeitsplätze in München anzusiedeln. Durch die Umweltpolitik werden Arbeitsplätze vor allem im Mittelstand gefördert.

Kommunale Beschäftigung, Ausbildung und Qualifizierung

Die Bündnispartner sind sich einig, dass Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ineinander greifen sollen. So werden zum Beispiel alle Anstrengungen unternommen, um jedem Schulabgänger einen Ausbildungsplatz zu verschaffen. Um dies zu erreichen wollen wir Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zur Berufsvorbereitung für junge Menschen fördern und ausbauen. Die Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen werden gestärkt und ausgebaut.

Darüber hinaus bleibt die Stadt ihrer Vorbildfunktion als soziale Arbeitgeberin verpflichtet. Tariflose Beschäftigungsverhältnisse wird es nicht geben. Die Stadt und ihre Beteiligungsgesellschaften bilden weiterhin über ihren eigenen Bedarf aus. Die Förderung der gleichberechtigten Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt ist für das Bündnis von

großer Bedeutung.

Die Bündnispartner bekennen sich zu der Notwendigkeit des zweiten und dritten Arbeitsmarktes und stellen Maßnahmen für gering Qualifizierte und schwer vermittelbare Personen bereit. Das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm wird auch weiterhin gefördert und an Veränderungen angepasst.

Europastadt München

München profitiert auf vielfältige Weise von Europa. Mit Partnerschaften und EU-Förderprogrammen hat die Stadt in den letzten Jahren neue Formen der Beschäftigungs- und Bildungspolitik initiiert.

Die Stadt beteiligt sich aktiv an von der EU geförderten Projekten. In der neuen ESF Förderperiode 2007 bis 2013 wird die Stadt Mittel für transnationale Projektarbeit, Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte akquirieren.

Dieser Weg wird durch den Aufbau einer Organisationseinheit Europa im Referat für Arbeit und Wirtschaft und durch die Koordination der bildungs-, sozial-, umwelt- und arbeitsmarktpolitischen Projekte im Rahmen der europäischen Förderlandschaft weiter ausgebaut.

Kommunale Daseinsvorsorge sichern

Die Versorgung der Münchner Bevölkerung mit öffentlichen Gütern von Energie über öffentlichen Nahverkehr, Wasser, Krankenhausleistungen bis hin zur Abfall- und Abwasserbeseitigung werden wir in kommunaler Hand behalten. Die Stadt wird dabei Standards bei der Sicherung und Einhaltung von Tariflöhnen ebenso wie beim Umweltschutz setzen.

Darüber hinaus werden wir die notwendigen Entscheidungen treffen, um die kommunalen Unternehmen im Wettbewerb konkurrenzfähig zu erhalten.

Die Partner stimmen überein, den 23%igen Anteil am Flughafen München verkaufen zu wollen.

Stadt der Hochschulen und Forschung

Zur Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes München tragen die Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen maßgeblich bei. Angesichts der Schnelllebigkeit einzelner Entwicklungsbranchen gewinnt die Vernetzung von Forschung und Technologie laufend an Bedeutung. Leider ist es erklärtes Ziel des Freistaates Bayern, Forschungseinrichtungen zunehmend zu dezentralisieren und auf der „grünen Wiese“ anzusiedeln. Diese Idee der 70er Jahre wurde in den USA systematisch umgesetzt und erwies sich als Irrtum! Heute kehren die Institute wieder zurück in die Kernstädte. Die Stadt München wird ihre planungsrechtlichen Instrumente einsetzen, um den Hochschulstandort München zu sichern, private Forschungseinrichtungen in der Stadt zu stärken und neue Forschungszentren anzusiedeln. Studentisches und universitäres Leben haben seit jeher unsere Stadt bereichert.

IV. Klimaschutz, Energie, Umwelt-, Natur und Verbraucherschutz

Klimaschutz als Querschnittsaufgabe

Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die von allen städtischen Referaten und den städtischen Gesellschaften geleistet werden muss. Darüber hinaus gilt es, die in München ansässigen Betriebe und die Stadtgesellschaft in diese Arbeit einzubinden und das Bündnis „München für Klimaschutz“ in diesem Sinne weiter zu entwickeln.

München wird als Mitglied des europäischen Vereins Klimabündnis e.V. – Allianza del Clima - noch 2008 das Ziel, die CO₂ Emissionen um 50% bis 2030 in Fünfjahresschritten zu reduzieren (Basisjahr 1990), beschließen.

Effiziente Energieerzeugung, Energieeinsparung und Förderung der Erneuerbarer Energien

Der Ausbau der Kraftwärmekopplung, die Nutzung Erneuerbarer Energie, Energieeinsparung und der Ausstieg aus der Atomenergie sind weiterhin die Schwerpunkte der Münchner Energiepolitik.

- München wird die Spitzenposition als Bundeshauptstadt im Energiesparen verteidigen.
- Die Sicherung der Stadtwerke in städtischer Hand ist die Voraussetzung für eine eigenständige kommunale Energiepolitik. Eine Veräußerung oder Teilveräußerung der Stadtwerke kommt nicht in Betracht.
- Der Anteil Erneuerbarer Energie bei der Eigenstromerzeugung wird, wie im Gutachten des Ökoinstituts aufgezeigt, bis zum Jahr 2020 auf mindesten 20% gesteigert. Das Bündnis strebt an, den Anteil regenerativ erzeugter Energie früher zu erreichen.
- Der hohe Anteil der Fernwärme an der Wärmeversorgung in München ist vorbildlich und wird weiter ausgebaut. Zusätzlich muss auch der Anteil der Erneuerbaren Energien bei der Wärmeversorgung ausgebaut werden vor allem durch Geothermie.
- Das Bündnis setzt sich dafür ein, bei den SWM das Energiecontracting auszubauen.
- Im Bündnis besteht Einigkeit, dass weiteren Beteiligungen der Stadtwerke München an Kohlekraftwerken nicht zugestimmt wird. Das gilt auch für einen eventuellen Ersatz für den bereits zugestandenen Leistungsanteil am Kraftwerk Herne V.
- Das Bündnis setzt sich dafür ein, dass die Installation von Photovoltaikanlagen auf Dächern städtischer Gebäude pragmatisch geregelt wird. Das Bauzentrum und das RGU starten eine Offensive für Photovoltaikanlagen auf großen Dachflächen.
- Es werden grundsätzlich nur noch hocheffiziente Geräte (A++) und Energiesparlampen bei der Stadt und den städtischen Gesellschaften angeschafft.

Energiesparendes Bauen und Sanieren

Bei allen städtischen Neubaumaßnahmen und Sanierungen wird die geltende Energieeinsparverordnung (EnEV) um mindestens 30 % unterschritten. Das Bündnis setzt sich dafür ein, dies auch bei Neubaumaßnahmen und Sanierungen städtischer Gesellschaften zu erreichen. Entsprechende Regelungen werden in den ökologischen Kriterienkatalog für Grundstücksvergaben aufgenommen.

Bei neuen Siedlungsgebieten wird der Passivhausstandard untersucht.

Das städtische Energiesparförderprogramm wird von heute 4 Mio. € auf 10 Mio. €

aufgestockt. Die Zuschussmodalitäten werden überarbeitet.

Energiekonzepte werden Teil von städtebaulichen Wettbewerben für neue Quartiere. Ein wichtiges Handlungsfeld wird die ökologische, insbesondere energiesparende Bauweise von Gewerbe- und Bürogebäuden werden. Um die Energiebilanz von Bauvorhaben insgesamt positiv zu entwickeln, wird auf ein effektives Recycling von Baumaterialien geachtet.

Natur- und Landschaftsschutz

Zur besseren Pflege der Naturschutzflächen und Landschaftsbestandteile in der Stadt wird mittelfristig ein Landschaftspflegeverband gegründet. Einheitliche Pflegestandards werden entwickelt und die einzelnen Akteure im Arten- und Biotopschutz besser vernetzt. Um ein Bewusstsein für die Bedeutung der Naturschutzgebiete und Biotope in der Stadt zu schaffen und die Einhaltung der Schutzregeln zu gewährleisten, werden ehrenamtliche Naturschutzbeauftragte eingesetzt.

Die Belange des Naturschutzes werden in der Stadtverwaltung - auch personell - gestärkt. Bei der Überplanung städtischer Entwicklungsflächen müssen schutzwürdige Bereiche in den jeweiligen Bebauungsplänen berücksichtigt und gesichert werden. Ausgleichsflächen sollen möglichst vor Ort geschaffen werden. Die Umsetzung der Ausgleichsflächen muss innerhalb eines Jahres nach Fertigstellung der Baumaßnahmen nachgewiesen werden. Zur Bedienung des Öko-Kontos werden im Stadtgebiet dezentral Flächen ausgewiesen, die über diese Maßnahme als Landschaftsraum entwickelt werden können.

Die Renaturierung und Wiederbelebung der Münchner Stadtbäche wird weitergeführt (Hachinger Bach). Die Wasserqualität der Würm wird weiter verbessert und der Würmgrünzug gestärkt.

Die hohe ökologische Qualität der städtischen Wälder wird gesichert.

Der Anteil der versiegelten Flächen in neuen Siedlungsgebieten soll reduziert werden. Des Weiteren wird die aktive Entsiegelung fortgesetzt, z. B. durch die Fortschreibung des Münchner Entsiegelungsprogramms.

Luftreinhaltung und Lärmreduzierung

Ziel ist es, die Luftschadstoff- und Lärmbelastung für die Münchner Bürgerinnen und Bürger zu reduzieren.

Nach Vorgabe der EU-Umgebungslärmrichtlinie werden Lärmaktionspläne für einen Fünfjahreszeitraum aufgestellt.

Die Einhaltung der EU-Luftqualitätsrahmenrichtlinie wird angestrebt und die im Luftreinhalteplan beschlossenen Maßnahmen werden umgesetzt. Sollten durch die Einführung der Umweltzone im Herbst 2008 die EU-weiten Grenzwerte bis 2010 nicht eingehalten werden können, werden im Einklang mit anderen Städten in Deutschland, die Umweltzonen eingerichtet haben, die Beschränkungen auch auf EURO II-Fahrzeuge ausgedehnt.

Ernährung und Verbraucherschutz

Das Bündnis sieht in einer qualitativ hochwertigen ökologischen Ernährung in städtischen Einrichtungen eine Vorbildfunktion. Deshalb wird im Sinne der Biostadt München der Anteil ökologischer Lebensmittel in allen Kindertageseinrichtungen auf 50 % erhöht. Das Bündnis strebt an, dies auch auf freie Träger, Eltern-Kind-Initiativen und öffentliche Schulen zu übertragen. Der Frischkostanteil an den städtischen Kindertagesstätten soll erhöht werden. Ziel ist, den Anteil von ökologischen Lebensmitteln und von fair gehandelten Produkten im städtischen Einflussbereich zu erhöhen.

Die weitgehende Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Güter im ökologischen Landbau mit artgerechter Tierhaltung und ohne Gentechnik wird weitergeführt und auch bei Verpachtungen berücksichtigt. Die Stadt München unterstützt das „Bündnis für eine gentechnikfreie Zone Stadt und Landkreis“ und verzichtet in ihrem Hoheitsbereich auf die Verwendung gentechnisch veränderter Produkte.

V. In die Zukunft der Stadt investieren – mehr Bildungsgerechtigkeit durchsetzen

Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht und das Streben nach mehr Bildungsgerechtigkeit ein zentrales Anliegen der Münchner Stadtpolitik. Unser Ziel ist es, allen Kindern und Jugendlichen die bestmöglichen Chancen zu eröffnen, ihre Potenziale zu entfalten und zu entwickeln. Deshalb stellt sich München der Verantwortung als bedeutende Schulstadt mit einem starken kommunalen Schulwesen.

Außerdem gilt es, die Entwicklung des Wirtschaftsraums München zu sichern. Dies ist u.a. durch ein großes Angebot an hochqualifizierten Arbeitskräften möglich. Deshalb muss die Stadt durch ihre Politik ein breites und qualifiziertes Angebot an Bildungs-, Fort- und Weiterbildungsangeboten ermöglichen.

Wir fordern den Freistaat auf, endlich seinen finanziellen Verpflichtungen für die Bildung in München nachzukommen. Wir verlangen die vollständige Erstattung der Personalkosten für städtische Lehrkräfte, für die zusätzlichen Kosten für das G8 (Personal und Sachaufwand) und für den Ausbau der Schul- und Jugendsozialarbeit sowie ausreichend finanzielle Mittel für den Ausbau der Ganztagschulen.

Übergeordnete bzw. organisatorische Maßnahmen

Die knappen Finanzmittel werden in starkem Maße auf das Bildungs- und Erziehungsangebot konzentriert. Einsparungen im Rahmen der notwendigen Haushaltskonsolidierungen werden begrenzt.

Die kommunale Steuerung der Bereiche Bildung, Betreuung und Erziehung erfolgt auf der Grundlage bildungs- und sozialpolitischer Schwerpunktsetzungen und der Erkenntnisse des Münchner Bildungsberichts.

Die Kinderbetreuung wird in einer Organisationseinheit zusammengeführt. Die Entscheidung über die Neuorganisation wird noch im Jahr 2008 getroffen. Über Zuordnung und Fragen der Fach- und Rechtsaufsicht, wird unter Einbeziehung der Fachöffentlichkeit und der Belegschaft einvernehmlich entschieden.

Die Integration und Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund –

insbesondere durch Sprachförderung und interkulturelles Lernen – ist ebenso ein Schwerpunkt der städtischen Bildungspolitik wie die Förderung von Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten. Dafür werden verstärkt finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt.

Die herkunftsspezifische Elterninformation und -bildung wird ebenso verstärkt wie die Elternarbeit. Die Angebote werden besser vernetzt. Angebotsformen der Kinderbetreuung, die diese Forderung unterstützen, werden entsprechend ausgebaut.

Im Unterricht und in Projekten an Schulen und Kindertageseinrichtungen wird den Themenkreisen „Kulturelle Vielfalt“, „Gewaltfreiheit“ und „Nachhaltige Entwicklung“ ein hoher Stellenwert beigemessen.

Kindertageseinrichtungen

Die Kindertageseinrichtungen werden bedarfsgerecht ausgebaut. Neben dem quantitativen Ausbau steht für uns die Sicherung und der weitere Ausbau der Qualität im Vordergrund.

Die Förderung aller Arten der Münchner Kindertageseinrichtungen wird unter dem Gesichtspunkt der Förder-, Finanzierungs- und Bildungsgerechtigkeit sowohl für die städtischen Träger als auch für die Einrichtungen freier Träger neu geordnet.

Schulische Bildung

Wir wollen:

- eine Reformschule in kommunaler Trägerschaft einrichten.
- Den weiteren Ausbau der rhythmisierten Ganztagesklassen, Ganztagschulen und Ganztagesangeboten an den städtischen Schulen.
- Die Erhöhung der Übertrittsquoten an weiterführende Schulen in Gebieten mit bisher unterdurchschnittlichen Quoten.
- Die grundsätzliche Regelung der Koordinierung und der Zusammenarbeit zwischen Schule und Angeboten der freien Kinder- und Jugendhilfe sowie eine stärkere Öffnung und Vernetzung der Schulen in den Stadtteil.

Das Bündnis sieht Mehrsprachigkeit als positive Ressource an und ist der Meinung, dass München als weltoffene und internationale Stadt eine prinzipiell für alle zugängliche Internationale Schule benötigt, in der mehrsprachiger Unterricht in Deutsch, Englisch sowie in anderen Sprachen der größten Migrantengruppen angeboten wird. Es wird hierzu ein entsprechendes Konzept entwickelt.

Zur Sicherstellung der notwendigen Verbesserungen der Unterrichtsqualität kommt der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung durch das Pädagogische Institut des Schulreferates weiterhin eine besondere Bedeutung zu.

Übergang Schule – Beruf

Die Maßnahmen, um Jugendlichen einen möglichst reibungslosen Übergang zwischen Schule und Beruf zu ermöglichen, werden fortgeführt und ausgebaut. Dabei besteht eine grundsätzliche Bereitschaft, auch neue Projekte – z.B. mit einem verstärkten Praxisbezug – zuzulassen.

Um die Ausweitungen nicht alleine finanzieren zu müssen, wird der Kontakt zu den verschiedenen Stiftungen – auch aus dem Wirtschaftsbereich – verstärkt.

VI. Sicherung der sozialen Grundversorgung – Sicherung des sozialen Netzes

Die Sicherung der solidarischen Stadtgesellschaft ist das Markenzeichen der Münchner Rathauspolitik.

In den 18 Jahren der Zusammenarbeit der Bündnispartner wurde das soziale Netz in München nicht nur erhalten sondern massiv modernisiert und ausgebaut. Die Bündnispartner sind sich einig, dass dies eine unabdingbare Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben in München ist.

Dieses soziale Netz ist nur deshalb belastbar, weil es neben der Stadt München durch die Wohlfahrtsverbände und viele freie Träger und Initiativen verstärkt wird. Die gute Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren soll und muss fortgeführt werden, um die Herausforderungen im Sozialbereich auch in den nächsten Jahren zu bewältigen.

Kinder, Jugend und Familie in München

Wir schaffen Platz für Kinder. München ist eine kinder- und familienfreundliche Stadt. Das Klima für Familien hat sich positiv verändert. Die steigenden Geburtenzahlen und der rege Zuzug von Familien bestätigen diese Entwicklung. Zentrales Anliegen des rot-grünen Bündnisses ist die Gestaltung einer familienfreundlichen Stadtgesellschaft.

Kinderbetreuung

Das Rathausbündnis hat in der Vergangenheit die Kinderbetreuungsangebote in der Stadt massiv ausgebaut und wird dies auch weiterhin tun. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass der Ausbau nicht nur quantitativ erfolgt, sondern auch die hohe Qualität in den Einrichtungen erhalten bleibt und ständig überprüft wird. Das hohe Engagement der Eltern-Kind-Initiativen ist auch weiterhin zu fördern.

In unserer Stadt wird Kinderbetreuung seit Jahrzehnten groß geschrieben. Krippenplätze für Kleinkinder wurden in München schon angeboten, als sie andernorts noch aus ideologischen Gründen strikt abgelehnt und auch von der Staatsregierung nicht bezuschusst wurden. Allein seit 1990 sind 22.512 Kinderbetreuungsplätze in Ganztagschulen, Tagesheimen, Horten, Kindergärten und Krippen entstanden.

Jugend und Familie

In München gibt es heute ein breites Angebot für Familien, das alle Lebenslagen umfasst

– von Wohnen über Kinderbetreuung und Schule, Gesundheit, Sport und Bewegung sowie Spiel und Freizeit bis hin zur Bewältigung von Krisen und Alltagsstress.

Die Unterstützung für Familien und die offene Jugendhilfe bilden mit ihrem präventiven Charakter einen zentralen Aspekt unseres Bündnisses. Viele Familien brauchen Unterstützung bei der Erziehung ihrer Kinder. So wird die Zahl der Kinderkrankenschwestern, die Familien besuchen und in Fragen der Ernährung, Pflege, Gesundheitsvorsorge, Entwicklungsförderung oder Unfallverhütung beraten, aufgestockt, um den präventiven Ansatz in der Familienförderung zu verstärken.

Das von Rot-Grün bereits beschlossene Konzept der Frühen Hilfen wollen wir zügig umsetzen. Die Förderung und Unterstützung der elterlichen Erziehungskompetenz durch Familienbildungsstätten und Kindertagesstätten ist uns ein großes Anliegen.

Wir wollen die Partizipation von Kindern und Jugendlichen weiter strukturell verankern. Angebote der Kinder-, Jugend- und Elterninformation wollen wir an einem Ort zusammenführen. In diesem Zusammenhang wollen wir die städtischen Internetauftritte für Kinder, Jugendliche und Familien weiterentwickeln.

Besser leben in einer älter werdenden Gesellschaft

In München vollzieht sich der demografische Wandel langsamer als in vielen anderen Großstädten. Der Anteil der älteren Menschen über 65 Jahre wird bis zum Jahre 2015 nur leicht zunehmen. Das Älterwerden verändert sich qualitativ, weil die Anzahl der Hochbetagten zunehmen wird, aber immer weniger Seniorinnen und Senioren auf die Familie zur Unterstützung zurückgreifen können. Deshalb ist ein kommunales Netz für Hilfen und Beratung nötig, das bereits in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut wurde. Wir wollen im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten weiter dafür sorgen, dass bestmögliche humane Pflege für unsere Seniorinnen und Senioren geleistet wird. Wir wollen folgende Handlungsfelder weiterentwickeln:

Neue Wohnformen

Wir wollen neue Wohnformen für Seniorinnen und Senioren weiter fördern. Insbesondere wollen wir zur Bekämpfung von Altersarmut zukünftig verstärkt neue Wohnangebote für Seniorinnen und Senioren mit niedrigen Einkommen und Renten schaffen.

Ambulante Versorgung

Die meisten Seniorinnen und Senioren wollen solange wie möglich zuhause in der eigenen Wohnung leben und versorgt werden. Das bedeutet, dass auch in der ambulanten Versorgung - trotz Wettbewerb - mehr Sicherheit und Qualität vonnöten ist. Zukünftig sollen die Angebote und Maßnahmen zur Unterstützung, Beratung und Entlastung von pflegenden Angehörigen ausgebaut werden. Ferner sind mehr Angebote des „Betreuten Wohnen zuhause“ notwendig. Durch die Alten-Servicezentren, aber auch durch nachbarschaftliche Hilfe soll ein Netzwerk geschaffen werden, das Teilhabe und gute ambulante Versorgung sichert.

Stationäre Versorgung

Die Stadt München hat in den letzten Jahren mit großem finanziellen Aufwand die Qualität der stationären Versorgung verbessert. München ist hier bundesweit Vorreiter. Dies soll

fortgesetzt werden. Gerade das Neubau- und Sanierungsprogramm der städtischen MünchenStift macht dies deutlich.

Die Herausforderungen des demographischen Wandels sind aber nicht nur in Hinblick auf die Pflege, sondern auch in allen anderen Bereichen zu betrachten. Für die Entwicklung von entsprechenden Konzepten sind die personellen Ressourcen im Sozialreferat bedarfsgerecht anzupassen.

Alle Einrichtungen der offenen, ambulanten und stationären Altenhilfe haben sich den Erfordernissen einer interkulturellen Öffnung zu stellen und ihre Angebote anzupassen.

In der Stadt leben mit Krankheit und Behinderung

Die gesellschaftliche Teilhabe von kranken und behinderten Menschen zu sichern, war dem Bündnis bislang ein großes Anliegen. Entscheidend für die Lebensqualität der Menschen mit nicht heilbaren, chronischen, physischen, psychischen und psychosomatischen Erkrankungen ist, dass gesellschaftliche, kulturelle und soziale Teilhabe auch mit einer Krankheit oder Behinderung möglich bleiben. Neben dem Thema Mobilität stehen folgende drei Handlungsfelder im Mittelpunkt:

Aufwachsen mit Krankheit oder Behinderung

Wir wollen die Integration behinderter und chronisch kranker Kinder in unseren Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen weiter vorantreiben und deren Eltern stärker unterstützen.

Arbeiten mit Krankheit und Behinderung

Wir wollen behinderte Menschen in den ersten Arbeitsmarkt integrieren und, wo dies nicht möglich ist, öffentliche Arbeits- und Qualifizierungsmöglichkeiten schaffen.

Altwerden mit Krankheit und Behinderung

Für Menschen mit einer Behinderung oder einer chronischen Krankheit ergeben sich insbesondere im Alter spezifische Herausforderungen. Die Regelangebote der Altenhilfe und die Pflegeheime müssen sich darauf vorbereiten.

Armut nachhaltig bekämpfen

Die nachhaltige Bekämpfung von Armut, Arbeitslosigkeit und Verschuldung ist das wichtigste Ziel unserer Sozialpolitik. Menschen nie aufzugeben, sondern sie zu aktivieren und zu integrieren, war und ist handlungsleitend für unsere soziale Arbeit.

Zur Bekämpfung von Armut verfügt die Stadt über differenzierte Programme wie die Schuldner- und Haushaltsberatung, das Schulstarterpaket sowie ein breites Qualifizierungs-, Arbeitsförderungs- und Ausbildungsangebot.

So gelang es im Laufe von zehn Jahren, die Zahl der Wohnungslosen auf der Straße zu halbieren.

Die ARGE wurde von Seiten der Stadt so gut ausgestattet, dass das Konzept „Fordern und Fördern“ in München auch wirklich umgesetzt werden konnte. Auch in Zukunft will die Landeshauptstadt einen intensiven Einfluss auf die Arbeitsförderung, Arbeitsvermittlung

sowie die Geldleistungen in München behalten. Diese Aufgaben sind entsprechend zu organisieren. Der Bundesgesetzgeber wird aufgefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Als erste und bisher einzige Großstadt hat München ein Gutachten in Auftrag gegeben, dass die Regelsatzhöhe für SGB XII-Empfänger überprüft. Dies führte zu einer Erhöhung des Regelsatzes für einen Erwachsenen von 347,-- Euro auf 371,--Euro. Wir werden weiterhin von der Bundesregierung die Erhöhung des Regelsatzes im Sozialgesetzbuch II (ALG II) einfordern und auf der Bundesebene dafür eintreten, dass endlich ein am Bedarf orientierter Regelsatz für Kinder eingeführt wird.

Das Bündnis ist der festen Ansicht, dass auch eine prosperierende Kommune wie München auf Dauer die Versäumnisse auf Bundes – und Landesebene nicht ausgleichen kann. Dennoch ist es zum Erhalt des sozialen Friedens in der teuren Stadt München notwendig, der Armutsbekämpfung auch weiterhin ein hohes Gewicht beizumessen. So wird die Stadt nach den Ergebnissen der Fahrgastbefragung ein Modell für ein erweitertes Sozialticket vorlegen.

Die Behandlung Nicht-Versicherter in städtischen Kliniken muss in medizinischen Notfällen weiter gewährleistet bleiben.

Subsidiarität

Auch in Zukunft werden wir auf eine enge und koordinierte Zusammenarbeit mit allen in der sozialen Arbeit tätigen Organisationen, Wohlfahrtsverbänden und Vereinen achten. Die Bündnispartner sehen sich weiter dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet und wollen bei der Vergabe sozialer Einrichtungen auf eine plurale und vielfältige Trägerlandschaft achten. Grundlage bei der Vergabe ist die Gewähr fachlicher sowie arbeits- und tarifrechtlicher Standards.

Prostitution als gesellschaftliche Realität anerkennen

München erkennt Prostitution als gesellschaftliche Realität an. Jeder Form von Zwangsprostitution wird entschieden entgegengewirkt und das Beratungsangebot, Ausstiegshilfen für weibliche und männliche Prostituierte wird erhalten und gestärkt.

Bürgerschaftliches Engagement ausbauen

Eine Millionenstadt wie München ist ohne bürgerschaftliches Engagement nicht lebensfähig. Deshalb wird die Stadt gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und dem Selbsthilfezentrum / Selbsthilfebeirat und anderen im ehrenamtlichen Bereich oder in der Selbsthilfe tätigen Organisationen Konzepte entwickeln, wie ehrenamtliches Engagement besser gefördert werden kann. Eine engere Vernetzung von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement unter sozialräumlichen Aspekten ist wünschenswert.

VII. München – weltoffen und vielfältig – für Chancengleichheit und gegen Diskriminierung

München ist eine weltoffene Stadt. Politik in einer Großstadt muss Vielfalt ermöglichen. Gerechtigkeit kann es in einer Gesellschaft nur geben, wenn Frauen ebenso wie Männer, unabhängig von Alter, Herkunft, Lebensentwurf und sexueller Identität gleichermaßen partizipieren können.

Gleichstellungspolitik orientiert sich an den spezifischen Bedürfnissen und Interessen beider Geschlechter in allen Bereichen des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens.

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus müssen mit aller Kraft bekämpft werden. Erziehung und Bildung müssen junge Menschen frühzeitig gegen menschenverachtendes rechtsextremes Gedankengut immunisieren. Initiativen gegen Rechtsextremismus bedürfen der Unterstützung und der Förderung. Um dem Rechtsextremismus langfristig entgegenzusteuern, sind sich die Bündnispartner einig, dass eine Fachstelle Rechtsextremismus eingerichtet werden soll.

Gleichberechtigung von Frauen

Die Bündnispartner setzen sich die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Lebensbereichen zum Ziel. München nimmt als Arbeitgeberin eine besondere Vorbildfunktion ein und verstärkt die Anstrengungen, in der nächsten Legislaturperiode einen Anteil von 50% Frauen in Führungspositionen zu erreichen.

Aktive Gleichstellungspolitik ist als Querschnittsaufgabe voranzutreiben, die Gender Mainstreaming Strategie muss in allen Bereichen und bei allen Maßnahmen der Stadt angewandt und umgesetzt werden. Gender Budgeting als geschlechterspezifische Haushaltsführung ist umzusetzen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird von der Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten unter anderem durch den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen gefördert. Vor allem Alleinerziehende brauchen eine entsprechend differenzierte Unterstützung.

Im Rahmen der Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik setzt das Bündnis auf gezielte Förderung von Mädchen und Frauen um ihnen neue Berufsfelder zu eröffnen. Dabei wird auch ein besonderes Augenmerk auf die Qualifizierung von Migrantinnen gelegt. Die Infrastruktur der Mädchen- und Frauenprojekte wird weiter erhalten und gefördert.

Gleichstellung der MigrantInnen

Mehr als jede dritte Münchnerin, jeder dritte Münchner hat Migrationshintergrund. Migration ist für uns Normalität, Chance und Herausforderung.

Die Stadt München hat ein bundesweit vorbildliches Integrationskonzept entwickelt, das in den nächsten Jahren konsequent umgesetzt werden muss. Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten herzustellen, ist eine zentrale Aufgabe der Integrationspolitik. Hier sind Maßnahmen besonders im Bereich Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Altenhilfe erforderlich. Die interkulturelle Orientierung und Öffnung der Stadtverwaltung wird weiter vorangetrieben. Dazu gehört, dass die Stadtverwaltung sich verstärkt darum

bemüht, auf allen Ebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund zu gewinnen.

Bürgerschaftliches Engagement und politische Teilhabe der Migrantinnen und Migranten müssen gestärkt werden. Selbsthilfeorganisationen sollen mehr einbezogen werden, wofür ein besonderer Schwerpunkt innerhalb der Selbsthilfeförderung notwendig ist; dazu ist ein Konzept zu erarbeiten.

München wird auch in Zukunft die humane und soziale kommunale Flüchtlingspolitik fortsetzen. Hierzu bedarf es auch weiterhin, neben den Aktivitäten der Stadt, des Engagements vieler freier Träger und Initiativen. Diese werden auch in Zukunft ausreichend unterstützt und gefördert.

Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Transgender

Die Bündnispartner bekennen sich zur toleranten und solidarischen Stadtgesellschaft. Deshalb setzen sie sich ausdrücklich dafür ein, auch in Zukunft die Akzeptanz von Lesben, Schwulen und Transgender zu fördern, deren Diskriminierung abzubauen, Gewalt gegen sie zu verhindern und deren Interessen wahrzunehmen.

Neben einer verstärkten Aufklärungsarbeit, die sexuelle Identitäten positiv darstellt, gehört dazu auch die Förderung der Sichtbarkeit von Lesben, Schwulen und Transgender, z.B. durch Förderung von Sportveranstaltungen oder des jährlichen Christopher-Street-Days. Auch die Verfolgungs- und Diskriminierungsgeschichte, aber auch der Emanzipationsgeschichte der Lesben und Schwulen soll endlich sichtbar gemacht werden. Die Förderung der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, der Schwulenprojekte, sowie insbesondere der Lesbenprojekte wird fortgeführt und bedarfsgerecht ausgeweitet. Die schwul-lesbische Altenarbeit wird fortgesetzt und intensiviert. Die Eingetragene Lebenspartnerschaft wird unterstützt und gefördert.

VIII. Nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung Wohnungsneubau vorantreiben und Mieterinnen und Mieter schützen

München wächst – Betriebe und Verkehrsaufkommen ebenso wie die Einwohnerzahl. Darauf reagiert die Stadt durch die Ausweisung von Wohn- und Gewerbeflächen ebenso wie mit einer angemessenen Bereitstellung von Grünflächen. Das Bündnis setzt sich für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung ein.

Eine dichte, am öffentlichen Nahverkehr orientierte Bebauung macht München zur Stadt der kurzen Wege, in der alltägliche Bedürfnisse vor Ort abgedeckt werden können, sichert die Rentabilität von Infrastruktureinrichtungen und schont die Freiflächen. Die Stadtteil- und Quartierszentren sollen gestärkt werden. Einkaufszentren auf der grünen Wiese lehnen wir ab.

Urbanität entsteht durch Vielfalt und Lebendigkeit von Stadtquartieren. Gewerbliche und gemeinschaftsorientierte Nutzungen im Erdgeschoss – zumindest an exponierten Stellen –

sind der Garant für belebte Straßenräume. München hat mit Bauwerken der Moderne Aufsehen erregt und Qualitätsmaßstäbe gesetzt, von Stadien über Sakralbauten bis zu neuen städtebaulichen Wahrzeichen und großzügiger Landschaftsgestaltung. Wettbewerbe sind und bleiben ein wichtiges Instrument, um bei Bauherren und Architekten qualitätvolle Lösungen zu fördern. Auch in Zukunft wird die Stadt städtebauliche Voraussetzungen für gute architektonische Lösungen schaffen und dort, wo sie selbst Bauherrin ist, hohe Qualität realisieren. Im Wohnungsbau setzt das Bündnis auf stadtgestalterische Qualität, gutes Wohnumfeld sowie preiswertes und ökologisches Bauen.

Der im aktuellen Flächennutzungsplan dargestellte Anteil von Freiflächen am Stadtgebiet von 42% soll bestehen bleiben. Daher muss sich die Siedlungsentwicklung im Wesentlichen auf Restrukturierungsflächen und Nachverdichtung konzentrieren.

Als Ausgleich für die dichte Bebauung müssen qualitätsvolle und vielfältig nutzbare Freiräume erhalten und geschaffen werden. Wie bisher soll mindestens ein Drittel der Fläche von neuen Stadtquartieren Grünfläche werden. Die öffentlichen Grünflächen sollen verstärkt naturnah gestaltet werden.

Soziale Mischung und soziale Stadterneuerung

Die Stadtentwicklung darf die geringer Verdienenden nicht ausklammern und die Stadt finanziell nicht überfordern. Das Bündnis wird die Sozialgerechte Bodennutzung (SOBON) als bewährtes Steuerungsinstrument für die soziale Mischung und für die Schaffung der nötigen Infrastruktur (z.B. öffentliches Grün, Kindergärten) in neuen Quartieren weiterführen. Auf städtischen Entwicklungsflächen wie Freiham wird 50% geförderter Wohnungsbau (davon 30% EOF und 20% München Modell) realisiert.

Stadterneuerungsaufgaben haben auch künftig besondere Bedeutung bei der Entwicklung und Stabilisierung von Stadtteilen in baulicher, städtebaulicher und sozialer Hinsicht. Diese Aufgaben werden auch künftig unter Anwendung des besonderen Städtebaurechts und unter Einsatz von Städtebauförderungsmitteln zusammen mit dem städtischen Sanierungsträger erfüllt. Das Programm „Soziale Stadt“ wollen wir weiterführen und ausbauen, da hiermit wichtige Impulse für benachteiligte Stadtviertel gegeben wurden und werden. Auch andere Programme der Städtebauförderung wie z.B. das Programm „Aktive Stadtteilentwicklung“ sollen zum Einsatz kommen.

7000 neue Wohnungen pro Jahr

Der gesteigerte Wohnflächenbedarf, der Zuzug von Arbeitskräften auf Grund der wirtschaftlichen Prosperität der Stadt und der Geburtenüberschuss machen den Erhalt und den Neubau bezahlbarer Wohnungen zu einer Kernaufgabe der Stadtpolitik.

Grundlage der Wohnungspolitik der Stadt München für die nächsten sechs Jahre ist das im Stadtrat beschlossene wohnungspolitische Handlungsprogramm „Wohnen in München IV“, dessen Umsetzung und Finanzierung durch laufende Zielkontrolle sicherzustellen ist. Die Zielzahlen sind im Wesentlichen: Bau von 7000 Wohnungen per anno, davon 1.800 Wohnungen im geförderten Wohnungsbau per anno. Nach Auslaufen von „Wohnen in München IV“ wird das Programm mit dann aktuellen Schwerpunkten fortgeschrieben.

Das Bündnis setzt sich beim Bund dafür ein, dass die Mittel für den geförderten Wohnungsbau den regionalen Gegebenheiten angepasst werden.

Angebote für unterschiedliche Lebenssituationen und Bedürfnisse der Menschen

Baugemeinschaften und -genossenschaften müssen in den Neubaugebieten einen höheren Stellenwert bekommen, denn sie schaffen Vielfalt durch individuelle Konzepte, die auf unterschiedliche Wohnbedürfnisse zugeschnitten sind. Gerade für Familien sind sie eine kostengünstige Alternative zum Mietmarkt bzw. zu Wohnungen von Bauträgern. Innovative Wohnprojekte mit sozialen und ökologischen Zielsetzungen müssen bei der Grundstücksvergabe angemessen zum Zuge kommen. Für die Stellplatzproblematik für Wohnprojekte mit reduziertem Stellplatzbedarf wird eine pragmatische Lösung gefunden.

Ziel des Bündnisses ist es, weiterhin Gemeinschaftsräume, Bewohnertreffs und Mehrgenerationenhäuser als vielfältige integrative Angebote im Stadtviertel zu schaffen. Für das Wohnen im Alter wollen wir ein differenziertes Angebot an Wohnformen für Menschen mit Betreuungs- und / oder Pflegebedarf schaffen.

Mieter schützen

Der Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaften wird von den Bündnispartnern ausgeschlossen.

Die städtischen Maßnahmen zum konsequenten Mieterschutz werden fortgesetzt. Die Instrumente der Erhaltungssatzung und des Vorkaufsrechts werden weiterhin genutzt. Das Bündnis setzt sich gegenüber der bayerischen Staatsregierung und dem Landtag für ein Umwandlungsverbot in Erhaltungssatzungsgebieten ein. Bei der Reprivatisierung von vorgekauften Wohnungen werden wie bisher Mietergenossenschaften bei der Gründung unterstützt und bei der Vergabe bevorzugt. Die Stadt unterstützt die Genossenschaftliche Immobilienagentur (GIMA) bei ihrem Engagement für die Veräußerung von Mehrfamilienhäusern an bestehende oder neugegründete Genossenschaften in München.

Der Erhalt des vorhandenen Wohnraums durch Ausnutzung aller planungs- und ordnungsrechtlichen Mittel bleibt ein Schwerpunkt, um die Mieter und Mieterinnen vor Umwandlungsspekulation und Mietwucher zu schützen.

Das Bündnis forciert den Kauf von Belegrechten im Bestand. Das Konzept, das im Sozialreferat entwickelt wurde, wird umgesetzt.

In den städtischen Mietspiegel soll eine Komponente für die energetische Ausstattung aufgenommen werden, die bei schlechter Energiebilanz einen Abschlag im Mietspiegel ermöglicht.

Bekämpfung der Obdachlosigkeit

Durch einen Kurswechsel in der Bekämpfung der Obdachlosigkeit ist es im Laufe der letzten Jahre gelungen, die Zahl der in städtischen Notquartieren untergebrachten Personen deutlich zu reduzieren. Maßgeblich hierbei war der Ausbau der Kommunalen Wohnungsbauprogramme KomPro B und C. Diese Programme werden weitergeführt und, wenn möglich, ausgebaut. Um die Bekämpfung der Obdachlosigkeit auch weiter zu effektivieren, werden die Maßnahmen zum Erhalt eines Wohnverhältnisses münchenerweit

eingeführt. Gleichzeitig werden die Unterbringungsformen für Wohnungslose weiter ausdifferenziert. Die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren in der Wohnungslosenhilfe, der Jugendhilfe und der Psychiatrie / Suchtbereich ist auszubauen und zu effektivieren. Die erforderlichen Fachplanungsressourcen sind bereitzustellen.

IX. Mobilität und öffentlicher Raum

Übergeordnete Ziele

Im Bemühen um eine hohe Lebensqualität, eine saubere Umwelt und eine prosperierende Wirtschaft bekennen sich die Bündnispartner zu den Prinzipien hoher Erreichbarkeit und nachhaltiger Mobilität. Hierfür wird der Umweltverbund bevorzugt gefördert. Die Bündnispartner wollen den ÖPNV in München weiterhin durch die SWM/MVG erbringen lassen, zumal Fahrgastzahlen und Kundenzufriedenheit in den letzten Jahren gestiegen sind. Auch nach In-Kraft-Treten der neuen EU-Verordnung 1370/2007 sollen die SWM/MVG im gesetzlich möglichen Rahmen mit der Organisation, Finanzierung und Durchführung der Gesamtleistung von U-Bahn, Tram und Bus in München betraut werden. Der Kfz-Verkehr soll stadtweit reduziert werden. Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Mobilität ist eine Siedlungsstruktur und ein Städtebau nach dem Leitbild der „Stadt der kurzen Wege“. Dem öffentlichen Raum wird erhöhte Bedeutung beigemessen, seine Potenziale für die Nutzung der Stadtbevölkerung werden offensiv genutzt.

Vorrang für den ÖPNV

Das Fahrgastaufkommen im ÖPNV steigt erfreulicherweise seit Jahren kontinuierlich. Deshalb wurde und wird das Leistungsangebot ausgeweitet – allein in den letzten fünf Jahren um über zehn Prozent. Die permanente Optimierung der Einsatzplanung von Fahrzeugen und die Schaffung von mehr Platzkapazitäten in Tramzügen und U-Bahnwagen müssen fortgesetzt werden. Für die Ausbildungstarife wird eine Rabattierung, ähnlich dem Isarcard-Abo angestrebt. Darüber hinaus will das Rathausbündnis die Attraktivität des Öffentlichen Verkehrs mit folgenden Maßnahmen kontinuierlich weiter verbessern:

Die U-Bahn stärken: Die U-Bahn wird als leistungsfähiges Massenverkehrsmittel gestärkt. Mit der Fertigstellung der U3-Verlängerung zum S-Bahnhof Moosach 2010 wird das U-Bahnnetz 102 Kilometer umfassen, die Zahl der Bahnhöfe steigt auf 100. Der weitere Ausbau der U-Bahn orientiert sich an wirtschaftlichen Nutzen-Kosten-Abwägungen. Für folgende Strecken soll eine Prüfung der Wirtschaftlichkeit bzw. eine standardisierte Bewertung durchgeführt werden:

- Verlängerung der U4 nach Engelschalking
- Verlängerung der U5 nach Pasing unter Einbeziehung einer zweiten S-Bahn-Stammstrecke
- Eine Tangente zwischen der U6 und der U2 im Norden Münchens.

Wir befürworten den Weiterbau der U6 bis Martinsried.

Ein Schwerpunkt der kommenden Jahre wird die Ertüchtigung und Modernisierung von bestehenden U-Bahnhöfen sein.

Renaissance der Tram: Der Ausbau des Straßenbahnnetzes wird fortgesetzt. Folgende

Linienergänzungen sollen bis 2014 realisiert werden:

- Verlängerung der Linie 19-West von Pasing Marienplatz bis Pasing Bahnhof
- Verlängerung der Linie 17 oder 18-Ost vom Effnerplatz nach St. Emmeram
- Tram-Westtangente zwischen Romanplatz und Aidenbachstraße

Darüber hinaus werden folgende Straßenbahnprojekte weiter verfolgt und geplant:

- Die Realisierung der Tram-Nordtangente durch die Entwicklung und den Einsatz neuer Fahrzeuge mit innovativer Fahrzeugtechnologie wird mit Nachdruck vorangetrieben.
- Die Verlängerung der Trambahn von Pasing nach Freiam als Ergänzung zur S-Bahn.
- Die Verlängerung der Kasernenlinie Tram 23 Richtung Norden (Bayernkaserne).
- Eine Verlängerung der Tram vom Effnerplatz Richtung Johanneskirchen/Englschalking soll unter Berücksichtigung einer eventuellen Verlängerung der Linie U 4 untersucht werden.

Das Münchner Busnetz: Die Taktverdichtung und das Busbeschleunigungsprogramm werden bedarfsgerecht fortgesetzt. Der behindertengerechte Ausbau von Haltestellen wird weiter vorangetrieben. Die Bündnispartner unterstützen weiterhin die Beschaffung, der Fahrzeuge mit den jeweils besten serienmäßig verfügbaren Umweltstandards. Der Einstieg in die hoffnungsvolle Hybrid-Technik beim Bus wird begrüßt.

Stadt-Umland-Bahn auf die Schiene bringen: Das Bündnis wird sich für die Wiederaufnahme der Planungen zur Stadt-Umland-Bahn einsetzen. Ziel ist, in den nächsten 6 Jahren mindestens eine Linie in Kooperation mit interessierten Nachbargemeinden auf den Weg zu bringen.

S-Bahn-Ausbau sofort: Das Angebot der S-Bahn muss dringend ausgebaut werden. Das Bündnis befürwortet weiterhin nachdrücklich das Vorhaben einer zweiten S-Bahn-Stammstrecke. Unabhängig von den Planungen dafür bittet das Bündnis das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und die DB Projektbau GmbH unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um schon deutlich vor dem Jahr 2016 Verbesserungen im S-Bahn-Betrieb zu erreichen (Störfallmanagement, Kapazitätserweiterungen, Abbau von Verspätungsquellen). Die Stadt fordert von Bahn, Freistaat und Umlandgemeinden die Umsetzung der folgenden Maßnahmen zu unterstützen:

- Optimierung der Außenäste
- Ausbau des Bahnhofs Laim mit Umweltverbundröhre.

Flughafen: Über die Notwendigkeit einer dritten Startbahn besteht Dissens.

Flughafenanbindung: Das Bündnis begrüßt die Beendigung des Transrapid-Projektes als Flughafen-Erschließung. Zur Verbesserung der Flughafenerreichbarkeit mit dem ÖPNV wird das Bündnis eine Express-S-Bahn unterstützen, auf deren Trasse möglichst hohe Synergieeffekte für den Güter-, Regional- und Fernverkehr der Bahn und für die Stadtentwicklung zu erreichen sind.

Ausbauten von kleinen Geschäftsflughäfen im Münchner Umland werden abgelehnt. Das Bündnis setzt sich gegen den Ausbau des Flughafens in Oberpfaffenhofen ein.

Autoverkehr/Straßenbau

Für die Bewältigung des künftigen Verkehrs in einer wachsenden Stadt ist auch Straßenbau erforderlich. Neue Siedlungsgebiete werden rechtzeitig und bedarfsgerecht erschlossen. Projekte wie die Nordumgehung Pasing, die Tunnel Mittlerer Ring Ost und Südwest werden derzeit umgesetzt. Ziel ist es, den Lärmschutz für Anwohner des Mittleren Rings zu verbessern.

Für die beiden Ringabschnitte Landshuter Allee und Tegernseer Landstraße werden der verkehrliche Nutzen von Tunnelstrecken sowie alternative oder ergänzende Lärmschutzmaßnahmen untersucht.

Bezüglich der Notwendigkeit

- der Südanbindung Perlach-,
 - des Durchstichs der Stäblistraße und
 - des Ausbaus des Föhringer Rings
- besteht weiterhin Dissens.

Folgende Straßenbaumaßnahmen außerhalb des Stadtgebietes München werden wegen ihrer verkehrsinduzierenden Wirkung und wegen der Beeinträchtigung von Landschaft und Bevölkerung abgelehnt:

- Südostanbindung der Messe.
- Staatsstraße 2063-neu

Die Praxis zeigt, dass der Messeverkehr auch ohne Nordostumfahrung gut abgewickelt werden kann. Das Bündnis hinterfragt daher ihre Notwendigkeit. Die Johanneskirchner Spange wird auf keinen Fall realisiert. Der Verkehr, der durch die intensive Siedlungsentwicklung im Münchner Norden entsteht, wird vorrangig durch leistungsfähigen ÖPNV abgewickelt.

Das erfolgreiche Parkraummanagement wird auch auf Gebiete außerhalb des Mittleren Rings bedarfsgerecht ausgeweitet.

Die Potenziale, mittels Mobilitätsberatung Kfz-Verkehr auf den Umweltverbund zu verlagern, werden ausgeschöpft.

Radverkehr

Der Anteil des Radverkehrs wird auf 15-20% erhöht. Die Ausgaben für den Radverkehr werden um 3 Mio. Euro erhöht. Darin enthalten ist die personelle Ausstattung. Folgende Verbesserungsmaßnahmen sind zur Zielerreichung nötig:

- Verbesserung von Quantität und Qualität des Radwegenetzes inklusive Beschilderung. Hierbei haben Markierungslösungen Vorrang vor baulichen Radwegen.
- Verbesserung der Quantität und Qualität der Fahrradabstellmöglichkeiten an MVV-Haltepunkten und im öffentlichen Straßenraum bei hohem Fahrradparkdruck. Am Pasinger Bahnhof, am Hauptbahnhof und am Ostbahnhof werden leistungsfähige Fahrradservicestationen eingerichtet.
- Zur Förderung des Radverkehrs und Erhöhung der Sicherheit wird eine Fahrradmarketingkampagne als verkehrspolitische Maßnahme entwickelt und

- umgesetzt.
- Die Fahrradmitnahme im MVV soll erleichtert werden.

Fußverkehr und Öffentlicher Raum

Die Förderung des Fußverkehrs und die Steigerung der Attraktivität des Öffentlichen Raums wird in den kommenden Jahren mit folgenden Projekten angegangen:

- Den Straßenraum wiedergewinnen und öffentlichen Raum gestalten: Dies steigert das urbane Lebensgefühl. Das Bündnis strebt ein „Platzprogramm“ an, um Plätze und Straßenräume neu- und umzugestalten, z.B. Harras, Sendlinger Straße, Tal. Weitere Straßen und Plätze folgen entsprechend dem Programm.
- Kurze Wege für Fußgänger: In den nächsten Jahren werden die Isarquerungen Klenzesteg und Braunauer Eisenbahnbrücke, die Verlängerung der Pasinger Promenade über die Offenbachstraße und die Eisenbahnquerung östlich der Donnersberger Brücke realisiert. Das Bündnis strebt eine Verbesserung der Fußgängerquerung im Bereich Markusforum an.
- Temporäre Straßennutzungen: Die Antragstellung und Genehmigungspraxis für temporäre Straßennutzungen wie Märkte, Straßenfeste etc. wird vereinfacht/erleichtert. Es wird geprüft, ob eine Möglichkeit geschaffen werden kann, Straßen regelmäßig temporär umzuwidmen.
- Straßenraum wiedergewinnen: In neuen Wohngebieten sind verkehrsberuhigte Bereiche/Spielstraßen, soweit möglich, von Anfang an mit zu planen. Die Querungsmöglichkeiten für Fußgänger, schwerpunktmäßig bei Einrichtungen für Kinder und Senioren, werden weiter verbessert.
- Kurze Wege im Stadtquartier: Auf Anfrage von Stadtbezirken sollten Nahmobilitätskonzepte zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs unterstützt werden.

X. Gesundheit: Prävention, Beratung, Patientenorientierung und Gleichberechtigung

Kommunale Gesundheitspolitik setzt sich für die umfangreiche Versorgung aller Menschen ein, unabhängig von Einkommen, Geschlecht, Herkunft und sozialer Situation.

Insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien sind überproportional von Gesundheitsproblemen betroffen und müssen deshalb im Fokus der städtischen Gesundheitsvorsorge stehen.

Beratung und Informationen für Patientinnen und Patienten sind unentbehrlich und sollen auch künftig gestärkt werden.

Prävention und Selbsthilfe als zentraler Pfeiler der Gesundheitspolitik

Prävention muss vom frühesten Kindesalter bis ins hohe Alter erfolgen. Die Stadt widmet der Prävention von chronischen Erkrankungen große Aufmerksamkeit, ebenso werden

verstärkt zielgruppenorientierte HIV-Prävention und Hilfsangebote für Menschen mit HIV/Aids angeboten. Prävention heißt aber auch Abbau von Diskriminierungen, die zu psychischen Erkrankungen führen können.

Die Selbsthilfeeinrichtungen sind ein wichtiger Bestandteil kommunaler Gesundheitspolitik und werden auch künftig unterstützt und gefördert.

Hohe Qualität und zielgruppenorientierte Versorgung im kommunalen Klinikum

Die medizinische und pflegerische Versorgung im städtischen Klinikum erfolgt auf hohem Niveau und orientiert sich an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten, wobei zielgruppenspezifische Angebote beispielsweise für Migrantinnen und Migranten sowie Genderaspekte stärker berücksichtigt werden müssen.

Kooperationen zwischen ambulant und stationär wie die Integrierte Versorgung werden weiter ausgebaut. Ebenso werden Kooperationen mit Patientenvertretungen, kommunalen Gesundheitsprojekten, der Selbsthilfe und alternativen Heilmethoden gestärkt.

Das städtische Klinikum bleibt zu 100 % in städtischer Trägerschaft. Die notwendigen Sanierungsvorhaben werden durchgeführt.

München setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, dass die Krankenhausleistungen über die Klinikbudgets in ausreichendem Maße finanziert werden.

Sucht und Psychiatrie

Das Hilfesystem der niedrigschwelligen und dezentralen Angebote mit Kontaktläden, Beratungsstellen und Streetworkern ist sicherzustellen.

Daneben werden wir Schwerpunkte in der Prävention und Hilfe bei Alkohol- und Nikotinsucht wie auch bei Essstörungen, Computer- und Spielsucht setzen.

Wir fördern den ambulanten und stationären Ausbau der psychiatrischen Versorgung in München. Das breite Spektrum der Hilfsangebote für psychische Erkrankungen wird durch bedarfsgerechte Projekte mit Hilfe von Kooperationspartnern unterstützt.

Wir bekennen uns zu den Forschungserkenntnissen des Heroinerprobungsprogramm und setzen uns für eine Anerkennung von Diamorphin als Medikament ein.

Unabhängig von der bundespolitischen Debatte wird München die Finanzierung für das Heroinprogramm in München, mit der bisherigen Teilnehmerzahl weiterführen. München wird alle Entscheidungen zur Zukunft des Diamorphin-Projektes in Absprache mit den anderen sieben bundesdeutschen Städten treffen.

XI. Sportstadt München

Über 500.000 MünchnerInnen sind Mitglieder in Sportvereinen. Der Sport ist weiterhin eine wichtige kommunalpolitische Aufgabe. Aufgrund der demographischen Entwicklung und der veränderten Rahmenbedingungen (z.B. zunehmende Freizeitorientierung, Bevölkerung mit Migrationshintergrund) werden sozial- und gesundheitspolitische Aspekte immer stärker zu berücksichtigen sein.

Bei der Stadtentwicklung und insbesondere in Neubaugebieten ist der Bedarf an

Sportstätten und Räumen auch für alternative Sportarten angemessen zu berücksichtigen.

Der Sportentwicklungsplan wird konsequent umgesetzt.

Im Zuge der Sportstättenplanung unterstützt die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten alle Bemühungen, ein Stadion zu errichten, das den Kriterien der 3. Bundesliga entspricht. Bis zur Fertigstellung dieses Stadions wird das städtische Stadion an der Grünwalder Straße weiter genutzt.

Der Sanierungsstau bei Sporthallen und Bezirkssportanlagen wird abgebaut. Die Bereitstellung dieser Sportinfrastruktur ist zentraler Bestandteil der Münchner Sportförderung. Die Sportförderung soll regelmäßig erhöht werden. Es wird ein Sporthallenausbaukonzept entwickelt, dass bei allen Schulneubauten und -sanierungen mit eingeplant wird. Für die Nutzung der städtischen Sportanlagen werden auch unter Berücksichtigung der allgemeinen Kostenentwicklung und der Belastung bei vereinseigenen Anlagen angemessene Gebühren erhoben. München unterstützt und begleitet die Entwicklung im Leistungssport, insbesondere die Jugendförderung.

Im Rahmen der Olympiabewerbung wird sich München als Sportstadt präsentieren. Das Bündnis begrüßt die Chance, den Sport in München nachhaltig attraktiver zu machen.

XII. Kunst und Kultur – Kulturelle Vielfalt erhalten und ausbauen

Die Landeshauptstadt München ist eine Kulturstadt von europäischem Rang. Maßgeblich hierfür sind die großen städtischen Kultureinrichtungen Münchens, wie die Philharmoniker, die Kammerspiele, das Volkstheater aber auch das Lenbachhaus und die Villa Stuck. Das Bündnis will diese erhalten und weiter fördern. Kulturelle Vielfalt aber ist mehr. Sei es die größte Volkshochschule Europas oder das ausgezeichnete Angebot der Stadtbibliotheken, seien es die vielen Stadtteilkulturzentren oder die freie Szene, die Kulturpolitik in München will allen die kulturelle Teilhabe ermöglichen. Deshalb soll auch die Vielfalt der Münchner Kulturszene weiter gefördert werden.

Das Bündnis hat es in den letzten Jahren trotz Konsolidierungszwang vermeiden können Theater oder andere Einrichtungen zu schließen. Im Gegenteil. Durch die Eröffnung des Jüdischen Museums, des Verkehrszentrums des Deutschen Museums, durch die Sanierungsmaßnahmen im Stadtmuseum, der Villa Stuck und in den Kammerspielen, durch den Bau neuer Stadtteilkulturzentren und andere Maßnahmen ist es gelungen, das kulturelle Leben in München sogar vielfältiger und attraktiver zu gestalten.

Dies soll auch in den nächsten sechs Jahren der Fall sein. Die Bündnispartner kommen überein:

- Die kulturelle Vielfalt in ihrer ganzen Bandbreite auch weiterhin zu fördern;
- Das Lenbachhaus nach den Plänen des Architekten Norman Foster zu modernisieren und damit zu einem Museumsbau von europäischem Rang zu

machen;

- Die Stadtbibliotheken in ihrer jetzt beschlossenen Zahl (inkl. Mittelpunktsbibliotheken) zu erhalten und das Medienangebot kontinuierlich auszubauen;
- Das NS-Dokumentationszentrum als Ort der Erinnerung und als Lernort für die Zukunft in Verbindung mit dem Freistaat und dem Bund zu verwirklichen;
- Den Wettbewerb „Opfer des Nationalsozialismus – Neue Formen des Erinnerns und Gedenkens“ zu Ende zu führen und neue Formen des Erinnerns zu entwickeln;
- Das Projekt Kunst.Demokratie zu Ende zu führen und ein Kunstwerk zur demokratischen Geschichte Münchens zu verwirklichen;
- Die in den letzten Jahren entstandene Künstlerkolonie an der Domagkstraße durch die Sanierung der Ateliers zu fördern;
- Das Eine-Welt-Haus als einen Ort des Dialogs und der Solidarität für Menschen aller Nationalitäten zu erhalten;
- Die noch anstehenden Stadtteilkulturzentren (Hanns-Seidel-Platz; Neuhauser Trafo) sobald wie möglich zu verwirklichen;
- Das deutsche Theater zu sanieren, bis 2011 eine Ausweichspielstätte zu betreiben und danach die Rückkehr in das Gebäude in der Schwanthalerstraße zu ermöglichen;
- Die freie Szene sowohl im Theater als auch im Tanzbereich verstärkt zu fördern. Für eine überregionale Profilierung wird in geeigneten Räumlichkeiten, ein Performing-Art-Center verwirklicht;
- Dem Thema „Kulturelle Bildung“ als Schwerpunktthema wachsende Bedeutung beizumessen;
- Die Monacensia profilierter und eigenständiger als bisher zu positionieren;
- Das Haus Buchenried als attraktives Bildungs- und Seminarzentrum der Münchner Volkshochschule auf einen für seine Zwecke zeitgemäßen baulichen Stand zu bringen;

Kultur als Klammer einer modernen Großstadtgesellschaft

Kultur trägt zu Entwicklung der Stadtgesellschaft bei, wenn sie allen in der Großstadt lebenden Menschen die kulturelle Teilhabe ermöglicht. Dementsprechend muss ein Angebot vorgehalten bzw. die Chance zur Partizipation ermöglicht werden. Dies sind die Voraussetzungen dafür, dass Kunst und Kultur ihre zukunftsgerichtete, verbindende Wirkung entfalten. Um diese Funktion noch auszubauen, soll eine intensive Diskussion darüber geführt werden, wie die einzelnen Kultureinrichtungen der Stadt – bzw. die Zuschussnehmer der Stadt – ihre Angebote noch besser als bisher, beispielsweise für

MigrantInnen und bildungsferne Schichten öffnen und interessanter machen können.

XIII. Sicherheit und Bürgerrechte München bleibt eine sichere Stadt

München ist eine der sichersten Städte Europas – und so soll es auch bleiben. In München kann sich jede und jeder zu jeder Tages- und Nachtzeit an jedem Ort dieser Stadt aufhalten, ohne Angst haben zu müssen. Dieser Sicherheitsstandard ist einer der Gründe für die hohe Lebensqualität Münchens.

Sicherheit ist das Ergebnis des Zusammenspiels vieler Faktoren. Hier ist zum einen die Arbeit der Münchner Polizei zu nennen, die mit ihrer erfolgreichen Arbeit und ihrer hohen Aufklärungsquote maßgeblich zur Reduzierung der Kriminalität beiträgt. Die konsequente Vorgehensweise der städtischen Sicherheitsbehörden verhindert das Entstehen straffälliger Milieus.

Mit entscheidend für die gute Sicherheitslage ist aber auch der Bürgersinn dieser Stadt. Mit vielfältigsten Aktivitäten, sei es im Sportbereich, im Bereich der Jugendarbeit oder im kulturellen Sektor wird in München ein funktionierendes Netzwerk an präventiv wirkenden Aktivitäten erhalten und erweitert.

Weiterhin muss aber dafür gesorgt werden, dass München auch in Zukunft eine prosperierende Stadt ist, in der soziale Verwerfungen, wo es geht, verhindert und bekämpft werden. Das Rathausbündnis ist der festen Überzeugung, dass die gute und vielfältige Sozialpolitik sowie die intensive Integrationspolitik der Stadt entscheidende Faktoren für die gute Sicherheitslage in München darstellen. An den hohen Sicherheitsstandards wird sich das Bündnis auch in Zukunft messen.

Sicherheit und Bürgerrechte

Das Bündnis ist sich einig, dass Sicherheit nicht um den Preis des Abbaus von Bürgerrechten erkaufte werden darf. Eine flächendeckende Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnt das Bündnis ab.

Öffentlicher Nahverkehr

Der öffentliche Nahverkehr in München ist einer der sichersten in Europa. Leider klaffen objektive und subjektive Sicherheitslage immer wieder auseinander. Um zu vermitteln, dass Münchens öffentliche Verkehrsmittel sicher sind, wird eine Kampagne zum aktiven Hinsehen bei Belästigung und Gewalt im öffentlichen Nahverkehr initiiert. Diese soll erreichen, dass alle Fahrgäste das Gefühl haben, „hier kümmert man sich um den anderen. Wenn mir etwas zustößt, bin ich nicht alleine.“ Um aber auch direkt die objektive Sicherheit zu erhöhen, sollen die bewährten Maßnahmen ausgeweitet und umgesetzt werden: Die kontinuierliche Ausweitung der U-Bahn-Wache, bei Ersatz der alten, geteilten U-Bahn-Züge werden durchgängige U-Bahn-Wägen eingesetzt. Die Sichtbarkeit der Notrufknöpfe in den U-Bahn-Wägen wird verbessert, der Kontakt zum Fahrer und Handy-Benutzung in den U-Bahnen werden ermöglicht.

XIV. Eine-Welt-Arbeit ausbauen

München ist sich der Bedeutung der Eine-Welt-Arbeit, die von vielen Gruppen und Initiativen in München, aber auch von der Stadtverwaltung selbst, wahrgenommen wird, bewusst. Aus diesem Grund sollen die bewährten Strukturen der Eine-Welt-Arbeit, wie z.B. das Eine-Welt-Haus, das Nord-Süd-Forum, das Büro *agendaewelt*, das Ökumenische Büro und andere Anlaufstellen erhalten und gesichert werden. Zur besseren Koordination der Aktivitäten der Stadt und zur intensiveren Zusammenarbeit mit den Akteuren der Zivilgesellschaft in München soll eine Stelle für internationale Angelegenheiten beim 3. Bürgermeister geschaffen werden.

XV. Personelles – Organisationsfragen

Organisatorische und strukturelle Veränderungen innerhalb der Stadtverwaltung, der städtischen Betriebe und Beteiligungsgesellschaften müssen von den Bündnispartnern einvernehmlich beschlossen werden.

Die SPD hat das Vorschlagsrecht bei der Besetzung des Amtes der Zweiten Bürgermeisterin. Sie schlägt dafür Christine Strobl vor.

Bündnis90/Die Grünen/Rosa Liste haben das Vorschlagsrecht für den Dritten Bürgermeister. Sie schlagen dafür Hep Monatzeder vor.

Die berufsmäßigen Stadträte werden von den Bündnispartnern gemeinsam gewählt. Die SPD hat dabei Vorschlagsrecht für sechs, Bündnis90/Die Grünen/Rosa Liste für zwei Referenten/innen. Der Vorschlag für die Besetzung des Schulreferates erfolgt einvernehmlich. Auf die Umsetzung gemeinsamer schulpolitischer Vorstellungen ist hierbei besonders Wert zu legen.

Die Bündnispartner stimmen überein in der Einschätzung, dass auch die Wahl von parteilosen berufsmäßigen Stadträten/innen möglich und gewollt ist. Auch diese werden einvernehmlich gewählt.

Veränderungen der Aufgabenzuschnitte einzelner Referate sind zum Zeitpunkt der Referentenwahlen generell möglich, wenn sich beide Bündnispartner einvernehmlich darauf verständigen.

Im Büro des 3. Bürgermeisters wird eine Stelle für internationale Angelegenheiten geschaffen.

Der 3. Bürgermeister koordiniert die Themenbereiche Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

Die Kinderbetreuung wird in einer Organisationseinheit zusammengeführt. Die Entscheidung über die Neuorganisation wird noch im Jahr 2008 getroffen. Über Zuordnung und Fragen der Fach- und Rechtsaufsicht, wird unter Einbeziehung der Fachöffentlichkeit und der Belegschaft einvernehmlich entschieden.

Im Referat für Arbeit und Wirtschaft wird eine Organisationseinheit für Europaangelegenheiten aufgebaut, in der die Themenfelder Grundsatzfragen, Europarecht, Europäische Fördermittel zusammengefasst werden. Die bildungs-, sozial-, umwelt- und arbeitsmarktpolitischen Projekte im Rahmen der europäischen Förderlandschaft werden in der neuen Organisationseinheit koordiniert.

Die Stadtverwaltung, deren Service bei der Bürgerschaft beste Zufriedenheitswerte erzielt, weist nur eine Schwachstelle auf: die telefonische Erreichbarkeit. Wir werden deshalb die technische und personelle Ausstattung der Anlaufstellen verbessern.

Die „Kommission Kommunale Kinder- und Jugendplanung“ wird zu einer „Kommission für Kinder-, Jugend- und Bildungsplanung“.

München, den 2. Mai 2008

Oberbürgermeister Christian Ude

Bürgermeisterin Christine Strobl

Bürgermeister Hep Monatzeder

Für die SPD-Fraktion

**Für die Fraktionsgemeinschaft
Bündnis 90/DieGrünen – rosa Liste**

Alexander Reissl

Siegfried Benker

Helmut Schmid

Lydia Dietrich

Für die SPD: Franz Maget

Claudia Tausend

Brigitte Meier

Für Die Grünen: Florian Vogel

Anke Wittmann

Für die Rosa Liste: Thomas Niederbühl